Niederschrift
zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Donnerstag, den 20.11.2008
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	**Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss, Marktplatz 20/21, 15806 Zossen**

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender
Herr Jürgen Steinert
Ausschussmitglieder
Herr Peter Hummer
Herr Hans-Jürgen Lüders
Herr Ralf Markwardt
Herr Rolf von Lützow
Bürgermeisterin
Frau Michaela Schreiber
Amtsleiterin Kämmerei
Frau Andrea Hollstein
Protokollantin
Frau Evelyn Diebert
Gäste
Herr Frambach
Frau Dora Haenicke
Herr Lutz Haenicke
Frau Waltraud Schröder Stadtverordnete

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Herr Steinert:
Ich bestätige die Rechtmäßigkeit der Einladung. Beide Beschlüsse wurden beanstandet. Keine offiziellen Sitzungen mehr. Kommunalaufsicht und Potsdam sagen, Beschlüsse sind nicht beanstandbar. Ich bitte die Ausschussmitglieder sich heute dazu darzustellen, wie sie das sehen. Wir sind kein ordnungsgemäßer Ausschuss. Es ist eine Beratung mit der Verwaltung, ohne Empfehlung.

Herr Hummer nimmt ab 19:05 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Schreiber:
Das wurde im Bauausschuss auch gesagt. Ich habe zwei Beschlüsse beanstandet, Anzahl der Mitglieder in den Ausschüssen und Besetzung des Hauptausschusses. Zu den Fachausschüssen einen von sechs beanstandet (Grundsatzbeschluss). Die Einzelbesetzungen wurden nicht beanstandet. Fünf Mitglieder bilden nicht das ab, was in der SVV da ist. Ich bin der Auffassung, dass der Besetzungsbeschluss wirksam ist. Er wurde nicht beanstandet. Ich gehe davon aus, dass wir eine ordnungsgemäße Sitzung durchführen.

Herr Lüders:
Es wurde uns am Montag im RSO durch Herrn Ahlgrimm und Herrn Kramer anders dargelegt. Es ist richtig, die Bürgermeisterin hat die Anzahl der Mitglieder beanstandet. Heute nur ein Gespräch zwischen der Verwaltung und den fünf Mitgliedern des FA. Wir sollten die Tagesordnung abarbeiten. Die fünf können keine Empfehlung an die SVV abgeben, ggf. sollten wir darüber abstimmen.

Herr Markwardt:
Bin anderer Meinung. Wir sind durchaus in der Lage eine Empfehlung abzugeben. Wir müssen davon ausgehen, dass die Anzahl bleibt. Ich bin dafür, dass es heute eine ordnungsgemäße Sitzung ist.

Herr von Lützow:
Ich habe nichts schriftlich bekommen. Beim RSO wurde es anders gesagt. Ich kann mich schwer entscheiden.

Frau Schreiber:
Herr Ahlgrimm und Herr Kramer hätten im RSO gesagt, dass nicht hätte eingeladen werden dürfen. Sie haben gesagt, wenn das jetzt problematisch gesehen wird ohne zu klären, ob der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen wurde oder nicht.

Herr Hummer:
Ich will einfach arbeiten. Das andere ist mir egal. Jetzt sind wir rechtskräftig bestimmt worden. Die Bürger erwarten das.

Herr Lüders:
Wir sind kein offizieller Ausschuss. Punkte abarbeiten und nicht mehr.

Frau Schreiber:
Sind Sie dann bereit eine Empfehlung abzugeben oder ins Protokoll zu geben wie Sie entscheiden? Oder sind Sie dazu nicht bereit?

Herr Steinert:
Sie haben die Beschlüsse beanstandet. Habe mich erkundigt, es ist so nicht möglich. Wir müssen einen Eilantrag stellen. Seit Dienstag ist es offiziell im Amtsblatt. Die Stärke der Ausschüsse kann später ganz anders aussehen. Machen wir eine Arbeitsberatung mit Empfehlung.

Herr Markwardt:
Im KTL wurden auch nicht nur neue Punkte durchgesprochen. Es wurden Sachen abgesprochen, die vor dieser Legislaturperiode lagen. Das Amtsblatt habe ich noch nicht erhalten. Lassen Sie uns arbeiten. Empfehlungen können wir auch abgeben.

Frau Schreiber:
Arbeit macht nur Sinn mit Empfehlung, einem Ergebnis.

Herr Steinert:
Machen wir das als Arbeitsberatung oder Sitzung mit Empfehlung?

Abstimmung: Arbeitsberatung mit Empfehlung 5 / 0 / 0

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Es sind 5 Ausschussmitglieder anwesend.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 03.07.2008

Die Beschlussfassung über die Niederschrift wurde vertagt.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Es liegt kein Bericht vor.

zu 6 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Keine Anfragen

zu 7 Einwohnerfragestunde

Herr Frambach legt Kostenvoranschläge zur Sanierung des „Alten Kruges“ in Zossen vor. Er erklärt sein Unverständnis zu den im Amtsblatt veröffentlichten Zahlen.

Frau Schreiber:
Das gehört nicht in diesen Ausschuss.

Herr Markwardt:
Das Thema gehört nicht hier her. Der „Alte Krug“ muss erhalten werden.

Herr Steinert:
Das Bauamt muss das ordnungsgemäß prüfen. Es wird sicher in den Haushalt eingestellt. Geben Sie die Unterlagen im Bauamt der Verwaltung ab.

Herr Haenicke:
Würden Sie meiner Sichtweise der Mängelbehaftung der Stadtparkbrücke in jedem Fall zustimmen? Der Neigungswinkel der Brücke beträgt 4-6%. Ist es da nicht sinnvoll das Geld für Gutachten einzusparen und selbst die Gutachten zu erstellen?

Frau Schreiber:
Fakt ist, wir hatten keinen Gutachter. Wir hatten einen Statiker und einen Planer. Das Planungsbüro konnten wir nicht einsparen. Intern verfügen wir nicht über diese Fachkenntnis. Ich gebe Ihnen recht, dass es immer gewisse Abweichungen durch Prozenterrechnung gibt. Es kommt darauf an, dass sich die Mehrheitsverhältnisse widerspiegeln.

Frau Haenicke:
Ist bei der Neigung der Brücke der Behindertenbeauftragte zugezogen worden? Ich hoffe, wir kriegen kein Glatteis.

Frau Schreiber:
6% ist bundesweit Standard. Gegenfrage, wie kommt man zur Brücke bei Glatteis? Im Park haben wir keinen Winterdienst.

Herr Haenicke:
Es ist möglich, auf den Rat des Planers zu verzichten. Ist Ihnen bekannt, dass bei Brückenkonstruktionen durch ungünstige Strömungsverhältnisse auch ohne Winter die Brücken besonders über Gewässer glatt sind.

Frau Schreiber:
Die Wege sind bei schlechtem Wetter für Rollis nicht befahrbar. Der Planer trägt die Haftung.

Frau Haenicke:
Die Brücke ist eine Gefahr für Fußgänger.

Herr Frambach:
Das Hauptpumpwerk vor meiner Haustür ist mal wieder ausgefallen. Kann die Stadt eventuell eine Rückschlagklappe einbauen lassen?

Herr Steinert:
Geben Sie bitte einen schriftlichen Antrag an das Bauamt der Stadt.

zu 8 Vorlage Kostenabrechnung Brücke im Stadtpark

Herr Steinert:
Wir haben die Vorlage der vorhandenen Kostenabrechnung verlangt. Gibt es da schon etwas?

Frau Schreiber:
Ich hatte Ihnen eine Mail geschickt, diese Punkte zu konkretisieren. Die Kostenabrechnung für die Stadtbrücke haben wir intern auch noch nicht so weit. Konkretisieren Sie bitte Ihre Anforderungen.

Herr Steinert:
Ich nehme es so hin und ziehe die anderen zwei Punkte auch zurück. Ich verstehe nicht, was da noch erläutert werden soll.
Zu TOP 10 haben Sie eine schriftliche Erklärung von uns.

Frau Schreiber:
Der RSO hat beraten. Herr Kramer hat sehr deutlich gesagt, dass die 2. Instanz angerufen werden muss. Was wollen Sie für Informationen? Erwarten Sie den Entwurf des HHP 2009? Erst wenn wir das vorläufige Rechnungsergebnis von 2008 vorliegen haben, können wir kurzfristig im Januar 2009 etwas vorlegen.

Herr Lüders:
Die Kostenabrechnung der Brücke kann doch kein Problem sein. Wir wissen wie viel Geld im Haushalt ist. Es ist doch kein Problem darzulegen, wie hoch die Kosten tatsächlich sind. Eine 10%ige Erhöhung ist normal. Die Schlussrechnung ist doch da. Spätestens in der nächsten Sitzung wollen wir eine exakte Aufstellung der Kosten. Wir sollten nicht wieder den Klageweg gehen.

Frau Schreiber:
Akteneinsicht könne Sie doch jederzeit nehmen.

Herr Markwardt:
Beim nächsten Mal auf den Tisch, was bezahlt wurde und was noch bezahlt werden muss.

zu 9 Vorlage als Übersicht zur Aufstellung der Haushaltsstellen für Kommunalhaushalt 2009

TOP wurde durch Herrn Steinert zurückgezogen.

zu 10 Vorlage der überschlägigen Prüfung und der Entscheidung des Landgerichtes gegen das Klageverfahren: Stadt Zossen vs EWZ

TOP wurde durch Herrn Steinert zurückgezogen.

zu 11 Beratung von Beschlussvorlagen

zu 11.1 Neue Kita in Wünsdorf
Vorlage: 134/08

<u>Beschlussvorschlag:</u>

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung einer Kita in Wünsdorf gemäß

Variante _____

Die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2009 einzustellen.

Frau Schreiber erläutert Beschlussvorlage und Verfahrensweg.
Im HHP 2008 ist ein Betrag eingestellt sowie 2009 und Folgejahre. 2009 erhalten wir keine Bundesmittel über das Land. Die Gesamtkosten müssen zu 100% im Haushalt veranschlagt werden. Die Aufgabe des FA ist es zu sagen, wie kann man 2,5 bzw. 3,3 Mio € aufbringen. Wenn wir keine Fördermittel für den Abriss in der Martin-Luther-Straße erhalten, erhöht sich die Summe auf 3,5 Mio €. Solange noch kein HHP vorliegt, können wir hier schwer über Zahlen reden. Es sind 2 Mio € als Ausgabe für die Kita eingestellt mit Einnahme von 1 Mio. Wir haben einen Fehlbetrag von 1 Mio €. Konkret können wir über Zahlen reden, wenn der Haushalt vorliegt und was technisch gemacht werden soll. Weisen Sie bitte Ihre Fraktionsmitglieder darauf hin, dass sie sich Gedanken machen müssen, wo wir das Geld hernehmen. Im Vordergrund steht der ausgeglichene Haushalt.

Herr Markwardt:
Die Kita brauchen wir. Die Nebenkosten bei einem Bau sind immens. Bei der Planung muss schon auf die Kosten geachtet werden.

Herr Lüders:
Bereits vor einem Jahr stand fest, dass der Kita-Bedarf da war. Es gibt einen Beschluss für einen Neubau. Frühestens Ende März Bauantrag → Genehmigung Ende Mai → Ausschreibung, Submission und Vergabe → Realisierung Ende Juni in 2 Bauabschnitten. Anders ist das nicht zu schaffen. Wir erhalten keine Fördermittel, da kein Bauantrag vorlag.

Herr Markwardt:
Es wurde der 2. Schritt vor dem ersten gemacht. 11/2 – 2 Jahre zur Fertigstellung. Das ist so nicht realisierbar.

Frau Schreiber:
FA ist dafür nicht der richtige Ausschuss. Das ist Sache des BA. Die Finanzierung ist uns zusammengebrochen. Beim Landesjugendamt haben wir die befristete Erweiterung von Kapazitäten bis zum Neubau beantragt und auch erhalten. Wir benötigen 70 Plätze über dem derzeitigen Bedarf. Wir haben die Möglichkeit, diese Kinder zu betreuen. Im Moment liegen wir noch unter der Erweiterung. Wir müssen handeln. Die Kosten müssen wir aufsplitten in 2009 und 2010. Die Summe bleibt aber. Das Geld fehlt dann bei anderen Investitionen.

Herr Steinert:
Die Argumente haben wir alle schon mal gehört. Eine Aufstellung für den Kommunalhaushalt 2009 muss her. Wir kriegen diese Aussage nicht. Wir sollen aber schon wieder entscheiden. Im Mai war Einreichungsschluss für Fördermittel für 2010.

Frau Schreiber:
Anträge haben wir fristgerecht gestellt. Das ist verschärft, mir das so vorzuwerfen.

Herr Lüders:

Sache des FA ist die Absicherung des Geldes. Es gab bereits einen Beschluss. Anbau OB Wünsdorf kostet 500 T€ bis 1 Mio€. Die Verwaltung muss überlegen, wie kann ich das erreichen. Kann man diese Fläche der Wohnungsbaugesellschaft übertragen und wir machen einen Mietkauf?

Frau Hollstein:
Die Fachausschüsse sollten überlegen, ob es die teuerste Variante sein muss. Ohne Fördermittel sprengt uns diese Kita den Haushalt. Ich weiß doch gar nicht, wofür sie sich entscheiden. Wir möchten wissen was sie wollen.

Frau Schreiber:
Wir weisen als Verwaltung darauf hin, dass man mit allen vier Varianten das Ziel erreicht. Auch beim Neubau gibt es 3 Varianten. Die Kosten liegen bei 2,5 Mio € oder 3,5 Mio €. Es gibt mehrere Kostenvolumen für ein Ergebnis.

Herr Markwardt:
Die Muttis bringen doch nicht alle ihre Kinder nach Wünsdorf. Andere Gemeinden kriegen dann nichts mehr. Von mir heute ein ganz klares nein dazu. Die Fachausschüsse sollten noch mal beraten. Heute keine Entscheidung.

Herr Hummer:
Ich muss schon im Groben wissen, welche Ausgaben auf uns zu kommen. Einnahmen können z. B. durch Kaufland kommen. Variante 1 gefällt mir.

Herr von Lützow:
Die Frage ist doch, welches Grundgerüst wollen wir haben. Was können wir uns leisten? Wir brauchen die Zahlen.

Frau Schreiber:
Darum die zweimalige Beratung. Finanzplan 2008 liegt den alten Stadtverordneten vor. Den neuen Stadtverordneten wird er zugeschickt. 1 Mio € für Kita und 500 T€ für die Oberschule Wünsdorf sind abgesichert.

Herr von Lützow:
Nach Fertigstellung dieser Kita müssen wir dann sofort die nächste Kita bauen in Dabendorf.

Frau Schreiber:
Mietkauf verschiebt das Problem nur.

Frau Schröder:
Wie ist denn die Variante Kita in der Stubenrauchstraße? Bald gehört uns auch die Post.

Herr Lüders:
Es hieß, 2010 soll diese Kita wieder aktiviert werden.

Frau Schreiber:
Wir haben uns mehrere Objekte angesehen. Zeitlich hat Priorität Wünsdorf. Zossen, Stubenrauchstraße kommt dann 2013/14.

Herr Steinert:
Wir brauchen die Vorlage von Ihnen. Dann erst können wir eine Entscheidung treffen. Es kann nicht sein, dass wir wieder von Null anfangen.

Frau Schreiber:
Sie haben den Finanzplan, die neuen kriegen ihn. Bitten Sie Ihre Fraktionsmitglieder, dass sie an die Kosten denken. Nicht unbedingt für die teuerste Variante entscheiden.

Herr Steinert:
Die Entscheidung für die teuerste Variante ist nicht von den Stadtverordneten gekommen.

zu 11.2 Bestätigung der Eilentscheidung der Verwaltung zur Zulassung überplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich - hier: Planungskosten für eine neue Kita
Vorlage: 111/08

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Entscheidungen der Verwaltung zur Zulassung der in der Begründung aufgeführten überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes der Stadt Zossen in Höhe von 10.770,00 EUR.

Frau Schreiber:
Die SVV hat beschlossen, dass die Architektin die weiteren Überlegungen anstellt. Das Ergebnis liegt Ihnen vor.

Herr Lüders:
Hat die SVV-Vorsitzende den Eilantrag unterschrieben?

Frau Hollstein:
Keine Eilentscheidung im Sinne § 58 Kommunalverfassung. Der mir eingeräumte Verfügungsrahmen wurde überschritten. Die Rechnung war fällig. Ich bin verpflichtet, die Rechnungen zu bezahlen.

Frau Schreiber:
Bitte Sie um Streichung des Wörtchens „Eil“.

Herr Hummer:
Ist es nicht egal wie es heißt? Wir geben doch nur eine Empfehlung ab.

Herr Lüders:
Wann ist die Rechnung von der Architektin eingegangen? Wie ist die Zahlungsfrist? Es hätte ggf. alles vorliegen können.

Herr Markwardt:
Ich setze den Fall, alles hätte vorgelegen. Heute können wir nur über ausgegebenes Geld reden.

Herr Lüders:
Ich bitte die neuen Ausschussmitglieder sich eingehend mit der Kommunalverfassung zu befassen.

Herr Steinert:
Sie haben diesen Auftrag erteilt. Wo steht das im Beschluss? Die Kita Spektakulum war doch schon da. Reden Sie vorher mit uns.

Frau Schreiber:
Neuplanung und Gegenüberstellung kosten Geld. Kita Spektakulum hat eine Menge Geld gekostet. Das Projekt musste angepasst werden.

Herr Markwardt:
Bauen ist teuer. Wenn ich einen Auftrag auslöse, kostet das Geld. Vielleicht bei nächster SVV Kostenschätzung festlegen.

Frau Schreiber:
Kostenschätzung kostet auch Geld.

Herr Lüders:
Ich stelle den Antrag Ende der Debatte. Das Wort „Eil“ wird weggenommen und die BV neu ausgedruckt. Als Anlage kommen die Rechnungen dazu. Wir brauchen das neu und die folgenden Beschlussvorlagen auch.

Herr Steinert:
Wer ist für die Empfehlung, dass wir das so weitergeben? Das Wort „Eil“ wird gestrichen und die Beschlussvorlage wird neu verteilt.
Abstimmung: 4 / 1 / 0

zu 11.3 Bestätigung der Eilentscheidung der Verwaltung zur Zulassung überplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich - hier: Niederschlagswasserabgabe
Vorlage: 112/08

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Entscheidungen der Verwaltung zur Zulassung der in der Begründung aufgeführten überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes der Stadt Zossen in Höhe von 5.937,98 EUR.

Herr Lüders:
Woraus resultiert das?

Frau Schreiber:
Wir wurden nachveranlagt. EWZ und WAB haben damals ihr Unwesen getrieben. Sie haben keine Angaben an das Land gemacht. 2006 hat das Herr Kramer nachgeholt. Durch Verhandlungen haben wir einen moderaten Preis erreicht.

Frau Hollstein:
Es geht um Waldstadt. Es wurde gar nichts gezahlt.

Herr Steinert:
Das Wort „Eil“ wird gestrichen und die Beschlussvorlage neu verteilt.
Abstimmung: 5 / 0 / 0

zu 11.4 Bestätigung der Eilentscheidung der Verwaltung zur Aufhebung einer Verfügungssperre - hier: Sachverständigen- und Gerichtskosten
Vorlage: 113/08

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Entscheidungen der Verwaltung zur Aufhebung der Verfügungssperre in der Haushaltsstelle Sachverständigen- und Gerichtskosten (0200.655000) in Höhe von bis zu 3.000 EUR.

Herr Steinert:
Diesen TOP können wir gemeinsam mit dem TOP 11.6, BV 114/08 beraten.
Seit 2006 gibt es 4 Anträge zur Übergabe einer Liste der Verfahren, die die Stadt Zossen gegen Dritte führt. Es geht um erhebliche Summen. 2007 haben wir nochmals den Antrag (116/07) zur HH-Debatte gestellt. Die HH-Stelle wurde bis auf 5.000,- € gesperrt. Unterlagen haben wir bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Warum wird uns die angeforderte Liste trotz Festlegung der Kommunalaufsicht nicht vorgelegt? Sie haben sie uns in 21/² Jahren nicht vorgelegt. Ich denke nicht daran, diesen Dingen eine Freigabe zu geben von Seiten unserer Fraktion. Die Kontrollaufgaben der SVV müssen eingehalten werden.

Herr Lüders:
Worum ging es da? Es war das Klageverfahren der Nichtgewährung von Akteneinsichtnahme. Es geht um dieses Klageverfahren der SPD gegen Sie.

Frau Schreiber:
Unter anderem. Es wurde ein Vergleich ausgesprochen.

Herr Lüders:
Es sind durch diese Verfahren sehr viele Gerichtskosten entstanden. Ich werde dem hier niemals zustimmen. Das soll jetzt der Steuerzahler zahlen. Das haben Sie allein entschieden, nicht Herr Ahlgrimm und nicht Herr Kramer. Sie haben eine Versicherung, wenn nicht zahlen Sie es privat. Aber nicht aus dem Haushalt.

Herr Steinert:
Organverfahren lief über 11 Positionen. Es gab einen Vergleich. Eine wurde ausgebrochen. Dadurch ist der Vergleich hinfällig. Der führende Richter in Potsdam hat uns das so bestätigt.

Frau Schreiber:
Es sind 2 Vergleiche abgeschlossen worden. Einer mit und einer ohne Widerruf.

Herr Steinert:
Es gibt ja noch weitere Organklagen.

Frau Schreiber:
Ich habe hier nicht privat gehandelt, sondern als Bürgermeisterin. Ich werde es auch bestimmt nicht privat bezahlen.

Herr Markwardt:
Ich finde schon, dass die Rechnungen hier auf den Tisch kommen. Ich werde mich hier enthalten.

Herr von Lützow:
Der RSO geht mit, wenn die Rechnungen auf den Tisch kommen.

Herr Steinert:
Wer ist für die Aufhebung der Verfügungssperre?
Abstimmung: 0 / 3 / 2

21:20 Uhr Herr von Lützow verlässt die Sitzung

zu 11.5 Bestätigung der Eilentscheidung der Verwaltung zur Umsetzung von Mitteln aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt und zur Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich: hier Friedhofswesen
Vorlage: 133/08

<u>Beschlussvorschlag:</u>

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Entscheidungen der Verwaltung zur Mittelumsetzung und Zulassung der außerplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes der Stadt Zossen – wie in der Begründung aufgeführt.

Herr Lüders:
Die Stelen werden angenommen. Gibt es auch Stelen für 2 Urnen?

Frau Schreiber:
In Dabendorf und Schöneiche wurden sie schon aufgestellt. Die ersten Leute haben schon gemietet. Es gibt Stelen mit Platz für 2 Urnen. Auf den Friedhöfen in Zossen, Wünsdorf und Nächst Neuendorf ist es auch geplant. Dort sind alte Familiengräber für halbanonyme Felder vorgesehen.

Herr Steinert:
Das Wort „Eil“ wird gestrichen und die BV neu verteilt.
Abstimmung: 5 / 0 / 0

zu 11.6 Aufhebung der Verfügungssperre in der Haushaltsstelle Sachverständigen- und Gerichtskosten
Vorlage: 114/08

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Aufhebung der Sperre auf der Haushaltsstelle 0200.655000

a) in voller Höhe oder

b) keine Aufhebung der Sperre.

Dieser TOP wurde gemeinsam mit TOP 11.4 behandelt.

zu 11.7 Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes - hier: Aus- und Fortbildung Doppik
Vorlage: 115/08

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen stimmt der Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben für die Aus- und Fortbildung Doppik (0200.562100) mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes in Höhe von bis zu 6.000 EUR zu.

Herr Steinert:
Wer macht diese Schulungen?

Frau Hollstein:
Anbieter für kommunale Fortbildung in Berlin. Komplett geschult wurde das Bauamt, das Schulamt, das Ordnungsamt und Teile der Kämmerei. Sie nehmen sich auch die Leute einzeln und üben am konkreten Beispiel.

Frau Schreiber:
Schulungen sollten erst 2009 stattfinden. Wir wollten nicht mehr abwarten. Wir müssen bis Ende 2010 fertig sein.

Herr Markwardt:
Die Doppik betrifft uns auch.

Frau Schreiber:
Für alle SV ist 2009 eine Schulung vorgesehen.

Herr Steinert:
Wie sieht es mit dem Landesinnenministerium aus? Dort werden auch Schulungen angeboten.

Frau Schreiber:
Schulungen sind für die Mitarbeiter anders, als für die SV. Da schulen Profis in der Bewertung von Vermögenswerten. Für die SV ist nicht diese Kraft der Profi. Die SV werden eine Schulung durch jemand anders erhalten. Hier in Zossen wird das das SPS Wirtschaftsbüro machen.

Frau Hollstein:
Herr Steinert, sagen Sie uns jemanden, der dort schult. Nach meinen Informationen haben sie keine Kapazität.

Herr Steinert:

Die Adresse besorge ich Ihnen.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

zu 11.8 Verwendung von Überschüssen aus der Verwaltertätigkeit der ZWG - Schuldendiensthilfe
Vorlage: 132/08

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt folgende Hauskontenentnahmen:

1. Entnahme für Schuldendiensthilfe Zossener Straße 1 Glienick 12.000 EUR und
2. Entnahme für Schuldendiensthilfe Hauptstraße 38 Kallinchen 10.000 EUR

zugunsten des Haushaltsjahres 2008.

Frau Schreiber erläutert die Verfahrensweise.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

zu 12 Schließung der Sitzung

Herr Steinert beendet um 21:30 Uhr die Sitzung. Der nichtöffentliche Teil findet nicht mehr statt.

Jürgen Steinert Ausschussvorsitzender	Evelyn Diebert Protokollantin